

Kommentare

PETER PHILIPPS

Es ist an der Zeit, an die Würde des Amtes zu denken



Heftiger ist wohl noch nie ein deutscher Politiker von Spitzen-Sympathiewerten so abgestürzt, dass er nur noch als Fußabtreter für die ganze politische Kaste taugt. Christian Wulff hat dies selbst zu verantworten. Aber zu den Merkwürdigkeiten der Affäre gehört eben auch, dass er selbst dies alles als höchst ungerechtfertigt betrachtet. Deshalb lässt er bis zum bitteren Ende das ganze Programm abspulen, inklusive Vuvuzelas zum Zapfenstreich. Wie bei einer Waschmaschine, die, einschließlich Schleudergang, alles wie immer durchlaufen lässt.

Nun also ist mit Mistöten die kürzeste Präsidentschaft der Republik zu Ende gegangen, die schon mit Holpern begann. Und vielleicht ergibt sich daraus die Chance, Empörung und Häme abklängen zu lassen, um mit der notwendigen Distanz den weiteren Gang der Dinge zu betrachten. Wulff selber hat es mit seinem dickköpfig-uneinsichtigen Verhalten herausgefordert, dass die Wogen der Erregung hochschwappeten und alle Vorurteile, die gegen „die da oben“ im Umlauf sind, aufgeladen werden konnten.

Natürlich ist es ein Unding, dass ein mit 52 Jahren re-

lativ junger Mann eine lebenslange Pension in einer Höhe bekommt, die jedes Durchschnittseinkommen hart arbeitender Bürger weit übersteigt. Aber was ist die Alternative? Ein ehemaliger Bundespräsident, der sich als Anwalt für Ehescheidungen oder als Lobbyist für Geldanlage-Institute niederlässt, um seine Brötchen zu verdienen?

Eine Gesellschaft muss es sich leisten, ihre Repräsentanten anständig zu alimentieren. Dann sind sie auch nach Ende ihrer Dienstzeit finanziell in der Lage, das Land würdig zu repräsentieren und werden nicht gezwungen oder in Versuchung geraten, ihren Unterhalt auf peinliche Weise zu besorgen. Dass Wulff beides vereinen wollte, den angemessenen Unterhalt durch die Gesellschaft und Vergünstigungen der peinlichen Art, ist kein Gegenargument.

Er wird in seinem Häuschen sitzen, vielleicht sogar strafrechtlich belangt werden. Er bleibt trotz aller Peinlichkeit der Bundespräsident a. D. Angela Merkel hat daran in der für sie typischen Trennschärfe erinnert, indem sie klar machte, dass sie „aus Respekt vor dem Amt“ zum Zapfenstreich ging, nicht aus Respekt vor Wulff.

Kampf der Regionen

Über die demografische Entwicklung wird ständig geredet. Alle Parteien schauen auf die Zeit nach 2020 oder gar 2030 und diskutieren über neue Verwaltungsstrukturen. Ein Thema war dabei bis jetzt außen vor: das Nahverkehrssystem. Und das, obwohl sich die Einwohnerentwicklung besonders deutlich auf die Angebote auswirken dürfte.

In den vergangenen Jahren konnte der schienengebundene Nahverkehr stabil gehalten werden. Die Ausschreibung der Linien erbrachte sogar Spielräume für Taktverdichtungen und Neubestellungen, beispielsweise für die An-

bindung des neuen Flughafens in Schönefeld.

Diese Spielräume sind ausgedehnter. Der Bund kündigt geringere Zuweisungen an und die Kosten steigen. Gleichzeitig wird im weiter wachsenden Berliner Umland eine bessere Anbindung gefordert. In den kommenden Jahren ist ein Verteilungskampf zwischen den Regionen zu erwarten: Ausbau der S-Bahn contra Ausdünnung wenig genutzter Linien im Regionalverkehr. Im Gegensatz zu den Debatten um Kreis- und Gemeindegrenzen werden in dem Falle die Einwohner direkter betroffen sein.

ULRICH THIESSEN

Der falsche Weg

Es stimmt ja: Das zunächst heftig angefeindete Pfand auf Dosen und Flaschen hat sich als wirtschaftlich verkäuflich und segensreich für die Umwelt erwiesen. Nun soll das Modell nach dem Willen der Grünen ausgeweitet werden – sie fordern auch ein Pfand auf Handys, iPads et cetera.

Doch die Idee hat einen Haken. Allein in Deutschland sind bereits rund 180 Millionen Handys in Gebrauch beziehungsweise liegen in der Schublade. Auf diese Geräte trifft eine Pfandregelung nicht zu. Besser wäre es, eine unkomplizierte Rückgabe der Geräte zu ermöglichen, ähnlich

der Verfahrensweise bei Batterien. Damit wären Hersteller zur Abnahme der Altgeräte verpflichtet. Und die Käufer hätten bei den Händlern eine Anlaufstelle, um ihre abgelegten Handys loszuwerden.

Nicht gerechtfertigt ist die Kritik der Grünen-Politikerin Dorothea Schneider an der Industrie, der sie vorwirft, „in immer schnelleren Abständen neue Geräte auf den Markt“ zu bringen. Produkte wie das gerade vorgestellte iPad3 sind bei den Kunden der absolute Renner. Apple und Co. wären merkwürdige Unternehmen, wenn sie daraus nicht Profit schlagen wollten.

MICHAEL GABEL

Gesagt ist gesagt



„Der Markus Söder ist praktisch der Prinz Charles der CSU, bloß mit schönerer Ohrwaschel.“

Die bayerische Kabarettistin Luise Kinseher beim traditionellen Starkbieranstich auf dem Münchener Nockherberg

China sagt dem Dollar den Kampf an

Land will eigene Währung stärken

VON STEFAN KEGEL

Berlin (MOZ) **China macht Ernst: Nach der Ankündigung vor zwei Jahren wollen jetzt die sogenannten BRICS-Staaten eine Vereinbarung unterzeichnen, sich gegenseitig Kredite in den Landeswährungen zu geben. Ziel ist, die Dominanz des Dollars zu brechen. Treibende Kraft ist China.**

Nachdem China jahrelang Devisen aufgekauft hat und jetzt auf Reserven von zusammen mehr als drei Billionen Dollar sitzt, will es künftig die Abhängigkeit von der US-Währung reduzieren. Aus diesem Grund will es mit den vier anderen Schwellenländern Brasilien, Russland, Indien und Südafrika eine Allianz schließen.

Ende März wollen die Finanzminister den Vertrag unterzeichnen, berichtet die „Financial Times“.

Dadurch soll es für die staatlich kontrollierte China Development Bank (CDB) einfacher werden, Kredite an ausländische Unternehmer in der eigenen Währung Renminbi (Yuan) zu vergeben. Die CDB ist für die Entwicklung von Großprojekten zuständig und deshalb von Schwankungen des Dollar-Wechselkurses besonders betroffen.

Da China bis Ende vergangenen Jahres US-Staatsanleihen von 1,3 Billionen US-Dollar aufgekauft hatte, könnte eine weitere Abwertung der US-Kredit-

würdigkeit deren Wert deutlich reduzieren und damit China empfindlich treffen. Die Ratingagentur Standard & Poor's hatte Washington Mitte vergangenen Jahres die Top-Bonität entzogen. Momentan verwaltet die USA ein Schuldenloch von 15 Billionen Dollar – das entspricht etwa dem Bruttoinlandsprodukt eines Jahres in dem Land.

Chinas Schritt kommt zwei Monate nach der Bekanntgabe, dass es ein solches Abkommen auch mit Japan geschlossen hat. Das ist insofern bedeutsam, weil es sich bei den beiden um die zweit- und die drittgrößte Wirtschaft der Welt handelt. Bereits davor, binnen drei Quartale 2011, war das in Renminbi abgewickelte Handelsvolumen um fast

das Siebenfache auf umgerechnet 185 Milliarden Euro gestiegen. Bis zum Jahr 2016 soll der Renminbi zu einer frei handelbaren Währung werden, gab die Zentralbank 2011 vor. Bislang hält sie den Kurs künstlich niedrig, um die Exporte des Landes zu stützen.

Mit ihrer Offensive reagiert die chinesische Regierung auch auf die sinkenden Wachstumsprognosen für die heimische Wirtschaft. „Unsere Exporte stehen vor einer düsteren Situation“, war im Wirtschaftsbericht an den Volkskongress zu lesen, der diese Woche in Peking tagt. Zum Ausgleich soll die Nachfrage im Land angekurbelt werden.

THEMA INTERNATIONALE FINANZBEZIEHUNGEN



Mit dem Bildnis von Revolutionsführer Mao Tse-dong: China will den Renminbi stärken. Foto: dpa



„Ein ganz heikler Pfad“

VIER FRAGEN AN: Philipp Engler, Juniorprofessor für Geldpolitik der Freien Universität Berlin

Die neue Geldpolitik der Chinesen stellt für den Dollar bislang noch keine Gefahr dar, meint Philipp Engler, Juniorprofessor für Geldmarktpolitik an der Freien Universität Berlin. Mit ihm sprach STEFAN KEGEL.

Herr Engler, China versucht, seine Währung für andere Staaten zu öffnen. Erleben wir hier den Beginn des Endes der Dollar-Vorherrschaft?

Nein. So lange die Leistungsbilanzüberschüsse der Chinesen nicht verschwinden, wird sich auch am Status des Dollars nichts ändern. Eine Reservewahrung und eine internationale Handelswährung kann nur dann funktionieren, wenn das Land bereit ist, Leistungsbilanzdefizite zuzulassen, weil

nur dann dieses Geld ins Ausland fließen und dort in Umlauf kommen kann. Was China im Moment tut, ist das Gegenteil: Der Aufbau von Forderungen gegenüber dem Ausland. Es kauft Dollar und hortet diesen Dollarschatz.

Ist diese einseitige Abhängigkeit vom Dollar nicht eine Gefahr für China? Dessen Wert könnte ja angesichts der enormen US-Schulden auch mal fallen.

Das ist in der Tat ein Risiko. Der große Vorteil der Amerikaner ist ja im Moment, dass sie mehr Budgetdefizite aufhäufen können als andere Länder, weil immer eine Nachfrage nach Dollar da ist. Sie exportieren im Grunde ihre Schulden ins Ausland. US-Staatsanleihen sind ein



Philipp Engler Foto: privat

beliebtes Anlageprodukt. Für Renminbi gilt das noch nicht.

Ist die Öffnung der chinesischen Währung gegenüber Ländern wie Japan, Brasi-

lien oder Indien ein Weg, dieser Abhängigkeit zu entkommen?

Natürlich sind das Schritte in diese Richtung. Aber mit seiner momentanen wirtschaftlichen Struktur ist China weit davon entfernt, eine Leitwährung zu etablieren. Zumal der Dollar als sogenannte Vehicle Currency, ...

... eine Art Hilfswährung ...

... im Devisenhandel verwendet wird. Wenn Sie etwa tschechische Kronen gegen japanische Yen eintauschen wollen, läuft das immer über den Dollar. Damit existiert ein riesiger Markt, auf dem Dollar benötigt werden. Es kann aber sein, dass im Laufe der Zeit die chinesischen Handelsbilanzüberschüsse mit der demografischen

Entwicklung des Landes und der größeren Bedeutung des Binnenmarktes abgebaut werden und zunehmend auch Ausländer den Renminbi halten.

China versucht bislang, seine Währung billig zu halten, um die Exporte anzukurbeln.

Das Land hat in den vergangenen 30 Jahren eine wirtschaftliche Entwicklung hingelegt, die historisch einmalig ist. Aber wer weiß, wie lange das noch anhält? Wenn Unruhen entstehen oder der Wachstumsmotor nicht weiter läuft, kann es kritisch werden. China steht vor der Aufgabe, seinen Produktmix zu ändern, die technologische Leiter hinaufzusteigen. Ob dieser Übergang gelingt, ist nicht gesichert. Das ist ein ganz heikler Pfad.

Leserbriefe an die Redaktion

E-Mail-Adresse: leserbriefe@moz.de

Kassen setzen auf Beitragsstabilität

Zu „Unerwarteter Geldsegen“ (Ausgabe vom 2. März):

Die Ursachen für den Milliarden-Überschuss bei den Krankenkassen liegen in der Politik: Der Gesetzgeber schreibt mit dem Gesundheitsfonds einen Einheitsbeitrag vor (jetzt 15,5 Prozent), hinzu kommt die Wirkung des letzten Arzneimittelgesetzes, wonach erstmalig diese Kosten gesunken sind.

Was soll nun mit dem Geld werden, das – ausgehend von einem Jahresbudget 2011 von etwa 190 Milliarden Euro – gerade mal etwas über zwei Prozent ausmacht? Die Politik fordert, die Kassenüberschüsse den Mitgliedern zu erstatten. Das ist

aber mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand verbunden. Die meisten Kassen möchten den für ihre Mitglieder besseren Weg gehen und setzen auf Beitragsstabilität.

DIETER NOACK
Frankfurt (Oder)

Anstelle der Rückzahlung von Beiträgen oder einer Kürzung von staatlichen Zuschüssen wäre die Abschaffung der Praxisgebühr wünschenswert. Ihre Erhebung ist eine Belastung für die Praxen und Patienten. Arztbesuche wurden dadurch nicht reduziert, im Gegenteil.

Die Praxisgebühr ist ein unübersichtliches Vorfanzierungssystem für ärztliche Leistungen mit hohem bürokratischen Aufwand und stellt zu-



An die Märkische Oderzeitung
Redaktion Leserforum
Kellenspring 6
15230 Frankfurt (Oder)

sammen mit den Überweisungen eine Desorganisation der ambulanten Versorgung für die gesetzlich Versicherten dar.
MARLENDE MIßLITZ
Biesenthal

Courage bewiesen

Zu „Tierfreunde am Pranger“ (Ausgabe vom 29. Februar):

Hier wird eine Familie kritisiert, die sich des armen Tieres angenommen hat. Richtig

wäre, diesen Tierfreunden Dank zu sagen, was ich hiermit, im Sinne vieler Gleichgesinnter, tun möchte.

Ein Kompliment geht auch an den Vorsitzenden des Jagverbands aus Fürstenwalde, der die Courage hatte, seine gegenteilige Ansicht kundzutun. Er hat damit das Ansehen der Jäger etwas gestärkt.
HELGA BEHNISCH
Bad Saarow

Ein Problem für richtiges Verhalten beim Finden verletzter Tiere sehe ich in der für Laien unübersichtlichen Rechtslage. Da gibt es wildelebende Tierarten, die fallen unter das Jagdrecht, wie das Wildschwein. Andere fallen unter das Naturschutzrecht. Und bei etlichen Arten ist erst mal

gar nicht klar, unter welches Gesetz sie fallen.

Für jede dieser Gruppen ist eine andere Behörde zuständig. Von Menschen beim Finden eines verletzten Tieres zu verlangen, sich sofort zu entscheiden, ob sie sich damit nun an die Naturschutz- oder die Jagdbehörde wenden, überfordert die meisten. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn viele dann wegsehen. Ich halte hier Aufklärung für notwendig, wie man sich richtig verhält.
ANDREAS HINZ
Petershagen

Die abgedruckten Leserbriefe sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzung vor.